

■ Es geht um Zukunftsgestaltung für die gesamte Bevölkerung!

Zum Thema »Interkultur« im Bericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«

Von der eigenen Beratungstätigkeit sollte man als »Experte« nun wirklich nicht zuviel erwarten – vor allem wenn es um das Gespräch mit Politikern geht. Insofern bin ich auch nicht davon ausgegangen, dass mein Input in Sachen Interkultur bei der Enquete-Kommission des »Kultur in Deutschland« weltbewegend sein würde. Doch die Lektüre der entsprechenden Abschnitte des Abschlußberichtes war sehr enttäuschend und ärgerlich. Nun hat Dorothea Kolland, die ebenfalls am »Expertengespräch« teilgenommen hat, hier bereits ihre Kritik geäußert. Gleichzeitig hat sie festgestellt, dass es »ein wichtiges Signal« sei, das der Bericht ein Kapitel über »Interkultur/Migrantenkultur« beinhalte. Diese Einschätzung kann ich nicht teilen. Tatsächlich zeigt die Abhandlung des Themas in einem Abschnitt von wenigen Seiten, wie wenig die Kommission verstanden hat, worum es tatsächlich geht. Dass man in Deutschland gerne Probleme »aussitzt«, durch faule Kompromisse löst oder schlicht verdrängt – damit sage ich nichts Neues. Angesichts der dramatischen Herausforderungen von Einwanderungsgesellschaft und demographischem Wandel ist die Weltfremdheit des Berichts allerdings erschreckend.

Zudem korrespondieren die Aussagen im Bericht überhaupt nicht mit den Fortschritten, die derzeit auf kommunaler Ebene zu beobachten sind. In vielen Kulturdezernaten, -referaten oder -ämtern wird daran gearbeitet, Interkultur als Prinzip zu verankern und zu mainstreamen. Ob die Konzepte in der Realität so gut sind wie auf dem Papier, lässt sich noch nicht sagen, aber zumindest werden teilweise neue, der Situation angepasste Förderrichtlinien verabschiedet, auf die man sich berufen kann. Für die Enquete-Kommission ist das Thema dagegen offenbar so eine Art Pflichtaufgabe gewesen, die man in ein Sonderkapitel packt, in dem einigermaßen zusammenhanglos das reproduziert wird, was unterschiedliche Leute während der Anhörung gesagt haben. So kann man keine Zukunft gestalten, so wird Zukunft einfach vertändelt.

Bei meinem kurzen Referat im Rahmen des Expertengesprächs ging es mir zunächst darum, zu verdeutlichen, dass Interkultur als Prinzip nicht gleichzusetzen ist mit der Kultur von Menschen mit Migrationshintergrund. In Deutschland geht man implizit zumeist davon aus, dass es eine Trennung gibt zwischen einer als Norm betrachteten »deutschen Kultur« und der Kultur der »Anderen«. Zum Bereich der Interkultur scheinen dann nur die kulturellen Hervorbringungen der Personen mit Migrationshintergrund zu gehören. In diesem Sinne funktioniert dann auch oftmals die Förderpraxis. Man richtet einen Extra-Topf ein für »interkulturelle Kunstprojekte«, während die Kriterien für »normale« Projekte einfach unverändert bleiben.

Eine ernsthafte interkulturelle Öffnung jedoch betrifft alle Bereiche. Es kann nicht darum gehen, die Einwanderer in die bestehenden Kulturinstitutionen einzubeziehen, indem man sie zuvor »passend« macht. Tatsächliche Partizipation bedeutet, dass sich auch die Institutionen verändern. Der US-amerikanische Organisationsberater Roosevelt Thomas erzählt zur Illustration gern die Geschichte vom Besuch des Elefanten im Haus der Giraffe. Zwar hat die Giraffe die Tür verbreitert, damit der Elefant eintreten kann, doch einmal in dem für Giraffen gemachten Haus »passt« der Elefant aufgrund seiner Körpermaße nirgendwo – tatsächlich richtet er fortgesetzt Schäden an. Daraufhin empfiehlt ihm die Giraffe eine Abmagerungskur. Der Elefant dagegen findet, dass das Haus selbst verändert werden muss, so dass es den Unterschieden seiner Benutzer gerecht wird.

Das ist der relevante Punkt: Die Gestaltung von Institutionen, die der Vielfalt in der Gesellschaft gerecht werden. Und bei dieser Vielfalt geht es nicht nur um Migrationshintergrund, sondern auch um Schicht, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Alter oder Behinderung. Im Zentrum steht dabei das Individuum, nicht die Gruppe. Damit der einzelne sein Potential ausschöpfen kann, müssen die Organisationen und Institutionen primär »Barrierefreiheit« her-

stellen. Sie müssen sich fragen, welcher Typus von Personen strukturell selbstverständlich bevorzugt wird und welcher ausgeschlossen.

Wenn wir über Kulturinstitutionen sprechen, dann dürfte klar sein, dass hier der Typus des »Bildungsbürgers« regiert. Allerdings ist dieser Typus eine bedrohte Spezies. An den Schulen etwa in NRW haben unterdessen etwa ein Drittel aller Schüler Migrationshintergrund, in den Städten teilweise noch mehr, Tendenz steigend. Nun sind die Einwanderer den Kulturinstitutionen weitgehend fremd geblieben. Man findet sie selten in den programmatischen Entscheidungspositionen oder in den Ensembles; sie wurden kaum einmal als Publikum angesprochen und wenn, dann in dem Sinne, dass wir mal was für die »armen Migrantenjugendlichen« oder »die Türken« machen müssen; sie kennen die Benimmcodes nicht und nicht zuletzt bringen sie teilweise auch nicht die nötigen Bildungsvoraussetzungen mit. Allerdings ist die Partizipation dieser Gruppe am kulturellen Leben, ihre Teilhabe an den staatlich geförderten Kulturinstitutionen nicht nur ein Gebot der Demokratie, sondern auch eine Überlebensfrage angesichts des demographischen Wandels.

Nun haben im betreffenden Kapitel des Enquete-Berichtes einige dieser Gedanken in Ansätzen einen Niederschlag gefunden. Aber im Sinne des oben Gesagten ist es bereits ein verheerender Denkfehler, dass das Thema Interkultur unter der Rubrik »Förderbereiche von besonderer Bedeutung« im Kapitel »Migrantenkulturen/Interkultur« verhandelt wird. Möglicherweise hätte »Migrantenkulturen« – wobei nirgendwo geklärt wird, was dieser Begriff eigentlich bedeutet – in der betreffenden Rubrik ein Unterpunkt sein können, Interkultur jedoch hätte sich als Fragestellung durch den gesamten Bericht ziehen müssen. Zudem wird Interkultur hier auf den Komplex Einwanderung reduziert. Eine willkürliche Verkürzung: Da sind viele private Unternehmen mit ihren »Diversity«-Konzepten schon deutlich weiter.

Das Kapitel orientiert sich zudem an einer verbreiteten, aber hoffnungslos antiquierten

Vorstellung von Integration. Zu Beginn wird der Beitrag von Menschen mit Migrationshintergrund für die Kultur in Deutschland ausdrücklich gewürdigt. Allerdings mit solchen Bemerkungen: »Heute sind zum Beispiel viele deutsch-türkische Regisseure oder Autoren bekannte Repräsentanten, die für die Widersprüche des Stoffes Integration spezifische Darstellungen gefunden haben«. Offenbar befassen sich die Filmemacher nichtdeutscher Herkunft also primär mit Integration. Wäre die Themenstellung so wenig universell, dann ließe sich freilich kaum erklären, dass Fatih Akin in diesen Tagen zu dem internationalen Gesicht des deutschen Filmes geworden ist. Aber hierzulande wird weiterhin oft angenommen, dass der Künstler mit Migrationshintergrund stets nur über sich selbst sprechen kann; zu Abstraktion, zur Darstellung von etwas Allgemeinem scheint er nicht in der Lage zu sein. Und so werden Jugendliche nichtdeutscher Herkunft von vielen Pädagogen primär dazu aufgefordert, in Theater- oder Kunstprojekten ihr »eigenes Leben« zu erzählen. Das führt dazu, dass man ihre kulturellen Produktionen nicht als Kunst ernstnimmt. Zudem wird von vornherein auf die Vermittlung der ästhetischen Formensprache der Hochkultur verzichtet.

Wenn es in Deutschland um Integration geht, dann auch immer um die Defizite der Migranten – da macht der Bericht keine Ausnahme. Zu den »Integrationsdefiziten«, die

Menschen mit Migrationshintergrund »aufweisen«, gehören nach Ansicht der Verfasser auch »Schwächen in Bildung und Ausbildung« sowie »eine höhere Arbeitslosigkeit«. Das klingt so, als seien diese Probleme eine Art individuelles Versäumnis der Migranten. Als Haupthindernis in Sachen Integration wird aber die Beherrschung der deutschen Sprache betrachtet. Diesem Thema widmet man fast eine ganze Seite, ohne dass die Zielrichtung klar wird. Nur wenige Zeilen später betonen die Verfasser schließlich, dass Bibliotheken die Orte seien, »die von Migranten am stärksten genutzt werden«. Belegt wird diese Behauptung nicht, aber sie lässt sich schwerlich mit der Feststellung mangelnder Sprachbeherrschung vereinbaren. Solche Widersprüche stören offenbar nicht.

Die breite Erwähnung der Defizite deutet darauf hin, dass »Interkultur« eine Rolle übernehmen soll bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme. »Mithilfe künstlerische Projekte«, heißt es dann auch ausdrücklich, »kann der soziale Integrationsprozess wirksam unterstützt und gefördert werden«. In einem anderen Kapitel zum Thema »interkulturelle Bildung« wird darauf hingewiesen, dass kulturelle Bildung einen »zentralen Beitrag« leiste für den »Zusammenhalt der Gesellschaft über alle Schichten, Generationen und Herkunftskulturen hinweg«. Für die »Randgruppen« stellt Kultur also eine Art Schmiermittel für die Integration dar. Ein solch un-
verhohlen instrumentelles Kulturverständnis

würde man in Bezug auf »deutsche« Kunstprojekte wohl kaum zu hören bekommen. Übereine neue Legitimation von Kultur nachzudenken, ist zweifellos notwendig, aber es kann nicht die Aufgabe von Kunst sein, für den Zusammenhalt der Gesellschaft zu sorgen.

Trotz ihrer Kritik am Bericht hat Dorothea Kolland am Ende festgestellt, dass sie zumindest die Empfehlungen der Kommission unterstützen kann. Auch da kann ich nicht zustimmen. Da sollen Berichte erstellt und Forschungen angeregt werden, Dialoge führen will man mit Repräsentanten der ethnischen Gemeinschaften und ein Referat muss eingerichtet werden bei der Bundesbeauftragten für Kultur. Das ist primär heiße Luft. Aber wenn man das Thema Interkultur auf gerade mal neun von nahezu 500 Seiten als Sonderthema behandelt, dann ist von den Empfehlungen auch nicht zu erwarten, dass ihnen ein Konzept zugrunde liegt oder dass sie klare Zielvorgaben formulieren. Selbstverständlich kann man sagen: Das alles ist ein erster Schritt. Aber angesichts der Fortschritte in den Kommunen und der Virulenz des Wandels könnte man geschlagene 53 Jahre nach dem ersten Anwerbevertrag mit Italien doch mehr verlangen als dieses Sammelsurium. Wie gesagt, es geht hier nicht um die Sonderprobleme von Minderheiten, sondern um Zukunftsgestaltung für die gesamte Bevölkerung des Landes.

Mark Terkessidis



Freies Theater in Deutschland

Förderstrukturen und Perspektiven

Herausgegeben für den Fonds Darstellende Künste von Günter Jeschonnek in Kooperation mit der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

Dokumentation 65

Fonds Darstellende Künste e.V. / Kulturpolitische Gesellschaft e.V. / Klartext Verlag • ISBN 978-3-89861-767-3 • ISBN 978-3-923064-22-9
518 Seiten • 19,00 Euro

Mit diesem Buch legt der 1985 gegründete, von der Kulturstiftung des Bundes geförderte, Fonds Darstellende Künste eine aktuelle Untersuchung zu den komplexen ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen des professionellen Freien Theaters in Deutschland vor.

Grundlage sind die Ergebnisse des im Januar 2006 vom Fonds erstmals durchgeführten Symposiums zur bundesweiten Bestandsaufnahme und Weiterentwicklung der Förderstrukturen des Freien Theaters sowie vier von ihm in Auftrag gegebene detaillierte Studien: Wie wird Freies Theater durch Kommunen und Länder, Stiftungen und Unternehmen gefördert?

Kulturpolitische Gesellschaft e.V. • Weberstraße 59a • 53113 Bonn

T 0228-201 67-0 • F 0228-201 67-33 • post@kupoge.de • www.kupoge.de